

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 04.05.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:04 Uhr bis 17:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Bernd Bielecke	Verw	
Frau Dorit Schmidt	Verw	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	Teilnahme ab 17:10 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	Vertreter für Herrn Swen Knöchel
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	
Herr Burkhard Feißel	MA SPD-Fraktion	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 17:10 Uhr
Herr Hans-Joachim Kloppe	Verw	
Frau Beate Naumann	Verw	
Frau Susanne Tzschaschel	Verw	
Herr Thomas Hoffmann	SKE	
Herr Volker Preibisch	SKE	
Herr Bernd Voigtländer	SKE	
Herr Matthias Waschitschka	SKE	
Herr Harald Bartl	parteilos	Vertreter für Herrn Martin Bauersfeld

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	Vertreter Herr Harald Bartl
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	Vertreter Herr René Trömel
Herr Hartmut Büchner	SKE	
Herr Karl-Heinz Gärtner	SKE	
Herr Matthias Havranek	SKE	
Herr Wolfgang Matschke	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung vom 02.03.2011
4. Mitteilungen
 - 4.1. Mitteilung über die Prüfung der Rechnungsstellung und Kalkulation des Eigenbetriebes ZGM
 - 4.2. Beauftragung von Gutachten im Jahre 2010
Vorlage: V/2011/09647
 - 4.3. Mitteilung über den Stand der Prüfung zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Überprüfung der städtischen Förderung von Projektfördermitteln und Kommunal-Kombi-Lohn durch das Rechnungsprüfungsamt
 - 4.4. Verwendungsnachweise für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2010
Vorlage: V/2011/09494
5. Beantwortung von mündlichen Anfragen
6. Anregungen
7. Beschlussvorlagen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Nagel, eröffnete die Sitzung um 17:04 Uhr. Sie stellte die Beschlussfähigkeit und die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Zu Beginn der Sitzung waren acht Stadträte anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Nagel setzte zur Feststellung der Tagesordnung die Ausschussmitglieder davon in Kenntnis, dass zum Zeitpunkt der Einladung die Prüfberichte und Informationsvorlagen zu TOP 4.2 und 4.4 noch nicht in ihrer Endfassung vorlagen und durch deren Einarbeitung in die Tagesordnung sich der Wortlaut dieser Tagesordnungspunkte wie folgt geändert hat:

Der Wortlaut für **TOP 4.2** : „**Beauftragung von sonstigen notwendigen Gutachten im Jahre 2010**“

lautet neu: „Beauftragung von sonstigen notwendigen Gutachten im Jahre 2010 Vorlage: V/2011/09647“

Der Wortlaut für TOP 4.4 : „Mitteilung über die Prüfung der Verwendungsnachweise für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2010“
lautet neu: „Mitteilung über die Prüfung der Verwendungsnachweise für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2010“
Vorlage: V/2011/09494

Weiterhin gab sie bekannt, dass der TOP „**Beschlussvorlagen**“ ursprünglich von der Tagesordnung gestrichen wurde, da diese nicht vorliegen. Auf Hinweis vom Büro Stadtrat ist dieser TOP jedoch nicht von der Tagesordnung zu nehmen und wurde deshalb neu als **TOP 7** angefügt, um eine Änderung der Nummerierung der anderen Tagesordnungspunkte zu vermeiden.

Nach Bekanntgabe der Änderungen bat Frau Nagel um Abstimmung über die Feststellung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig festgestellt

Ja- Stimmen8.....

Nein-Stimmen0.....

Enthaltungen0.....

zu 3 Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung vom 02.03.2011

Die Ausschussvorsitzende bat um Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 02.03.2011.

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen8.....

Nein- Stimmen0.....

Enthaltungen 0.....

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilung über die Prüfung der Rechnungsstellung und Kalkulation des Eigenbetriebes ZGM

_Frau Nagel erteilte dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, Herrn Kloppe, das Wort. Dieser informierte die Ausschussmitglieder über den Sachstand der Prüfung wie folgt:

Entsprechend dem Prüfauftrag vom 27.10.2010 zur Überprüfung des Serviceentgeltes, der Bewirtschaftungskosten, der Reinigung und der Nachzahlung der Bewirtschaftung aus den Jahren 2008 und 2009 sowie der Kalkulation dieser Posten für das Jahr 2010 ist durch das Rechnungsprüfungsamt die Prüfung durchgeführt worden. Der Prüfbericht wurde mit Datum vom 15.03.2011 gefertigt und der Verwaltung zur Kenntnis gegeben.

Die Vorlage einschließlich des Prüfberichtes und der Stellungnahme der Verwaltung ist durch die Kämmerei erarbeitet worden, liegt der Rechnungsprüfung jedoch noch nicht vor. Ein abschließendes Votum kann erst nach abschließender Bearbeitung durch das Rechnungsprüfungsamt abgegeben werden.

Die Frage von Herrn Dr. Wend, weshalb die Stellungnahme der Verwaltung erst so spät erarbeitet wurde, blieb durch die Verwaltung unbeantwortet.

Frau Schmidt verwies darauf, dass diese jetzt in den Session-Dienst eingearbeitet wurde.

Frau Nagel informierte, dass die Vorlage auf die Tagesordnung der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 08.06.2011 gesetzt wird.

zu 4.2 Beauftragung von Gutachten im Jahre 2010 Vorlage: V/2011/09647

_Frau Nagel eröffnete die Diskussion und erteilte Herrn Kloppe das Wort.

Dieser führte einleitend folgendes aus:

Die Rechnungsprüfung berichtet seit dem Jahre 2002 über die ordnungsgemäße und sinnvolle Beauftragung von Gutachten.

Die Prüfung der Beauftragung von Gutachten im Haushaltsjahr 2010 wurde im Prüfbericht vom 20.04.2011 durch das Rechnungsprüfungsamt dokumentiert.

Bisher wurden in den Prüfberichten jeweils alle Gutachten aufgelistet. Darauf wurde diesmal verzichtet, da es für die gesetzlich vorgeschriebenen oder vertraglich geregelten Gutachten keinen Diskussionsbedarf gibt, weil die Verwaltung hier keinen Handlungsspielraum hat.

Der Schwerpunkt wurde deshalb auf die Sinnhaftigkeit der Beauftragung von sonstigen Gutachten gelegt.

Die Verfahrensweise ist als rational und wirtschaftlich zu betrachten.

17:10 Herr Hildebrand, Herr Häder und Frau Dorit Schmidt treffen ein.

Herr Dr. Yousif fragte nach, warum das Baugutachten in Höhe von 18.400 € unter sonstigen Gutachten aufgeführt wurde.

Herr Kloppe informierte, dass es sich um ein nachträgliches Gutachten handelt und kein Zweifel über dessen Notwendigkeit besteht.

Herr Voigtländer fragte nach, ob es eine Auswertung zur Einzelhandelskonzeption gibt.

Herr Häder bemerkte, dass die Beauftragung durch das Stadtplanungsamt fortgeschrieben werde.

Herr Kley wollte wissen, wer für die Prüfung der Notwendigkeit der Beauftragung von Gutachten zuständig sei, die von einem in eine GmbH umgewandelten Eigenbetrieb veranlasst werden und Herr Dr. Wend fragte nach, ob dafür die BMA zuständig sei.

Herr Kloppe äußerte, das Rechnungsprüfungsamt sei nur für die Prüfung der Auftragserteilung von Gutachten der Stadt zuständig.

Herr Felke fragte, ob Fehlmeldungen im treuen Glauben hingenommen würden.

Herr Kley äußerte sich, ob der Rahmenvertrag zum Thema Corporate Design nicht vertraglich notwendigen Gutachten zuzurechnen sei und fragte ob der Vertrag dem Rechnungsprüfungsamt vorliege.

Herr Häder bemerkte, dass es sich hier um Werbemittel zur Repräsentation der Stadt Halle (Saale) handele.

Herr Kloppe erklärte, dass die Rechnungsprüfung den Vertrag anfordern werde, da die Ausgaben nicht in der Finanzposition der Gutachten gebucht seien.

Herr Kley bat darum, dies zu Protokoll zu nehmen.

Frau Krausbeck fragte, was sich hinter „Statusbericht WIKOM“ verbirgt.

Herr Kloppe informierte, es handele sich ausschließlich um die Gutachten zum Thema Doppik.

Herr Häder und Frau Krausbeck wollten wissen, wer vertragliche Gutachten vorgibt.

Herr Kloppe antwortete, dass es sich um Verträge handele, die Gutachten erfordern, z. B. Baugrundgutachten, Wertgutachten etc.

Herr Preibisch stellte die Frage, wie festgestellt wird, dass das Stadtplanungsamt die Gutachten nicht selbst erstellen kann.

Herr Kloppe erklärte: Im vorrangigen Interesse der Stadt ist es erforderlich, nur anerkannte Fachleute mit der Ausfertigung von Gutachten zu betrauen. Im Übrigen ist die sorgfältige Erarbeitung einer vollständigen Bearbeitungsdokumentation im Vorfeld jeder Beauftragung sowie der regelmäßigen sachgerechten Kontrolle und Steuerung des Beratungsprojektes von herausragender Bedeutung.

Frau Nagel beendete die Diskussion mit der Frage, wie das Rechnungsprüfungsamt entscheide, welche gemeldeten Gutachten richtig aufgenommen wurden.

Herr Kloppe antwortete, grundsätzlich werde bei Unklarheiten der Sachverhalt hinterfragt.

Frau Nagel resümierte noch einmal, dass die Frage von Herrn Kley hinsichtlich des Rahmenvertrages zum Corporate Design in der nächsten Sitzung beantwortet und das Thema Gutachten abschließend behandelt werde.

Beschluss: Die abschließende Diskussion zu Thema Gutachten wird vertagt.

zu 4.3 Mitteilung über den Stand der Prüfung zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Überprüfung der städtischen Förderung von Projektfördermitteln und Kommunal-Kombi-Lohn durch das Rechnungsprüfungsamt

Eingangs informierte Herr Kloppe die Ausschussmitglieder über den Stand der Prüfung.

Er erklärte, dass die für die Prüfung notwendigen Erhebungen in den Stabstellen Sport und Kulturbüro sowie im Sozialamt und im Jugendamt bereits abgeschlossen werden konnten. Wesentliche Erkenntnisse, die eine Ordnungsmäßigkeit in Zweifel stellen würden, seien dabei bisher nicht festgestellt worden. Die Prüfung werde weiter stringent verfolgt und der Prüfbericht werde dem Rechnungsprüfungsausschuss zu gegebener Zeit zur Kenntnis gegeben.

Herr Kley gab den Hinweis, dass die Nachvollziehbarkeit bei der Vergabe von Fördermitteln der Verwaltung erleichtert werden sollte.

Daraufhin verwies Herr Kloppe auf das am 01.01.2010 eingeführte Fördermittelmanagement-EDV-Programm, welches Erleichterungen bringe. Dazu sei allerdings eine stetige Optimierung durch zeitaufwendige Datenerfassung notwendig.

zu 4.4 Verwendungsnachweise für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2010 Vorlage: V/2011/09494

Herr Kloppe erläuterte kurz das Ergebnis der Prüfung der Verwendungsnachweise der Fraktionen.

Er führte folgendes aus:

Die Fraktionen haben die Verwendung der den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2010 gegenüber dem Kommunalbüro nachgewiesen.

Der fehlende autorisierte Nachweis der aufgelösten Fraktion NEUES FORUM + Unabhängige wurde zu Beginn der Sitzung von der Verwaltung nachgereicht. Die Prüfung steht noch aus.

Die Prüfung der Verwendungsnachweise ergab, dass die Mittel im Grunde ordnungsgemäß für die Fraktionsarbeit verwendet worden sind.

Es gab keine wesentlichen Feststellungen; Kleinere Fehler bei der Formulierung wurden mit den Fraktionen besprochen und korrigiert.

Er erläuterte, dass bei der Belegkontrolle festgestellt wurde, dass kleinere Fraktionen oder solche ohne Parteiorganisation Probleme bei der Darstellung der Ausgaben hatten und wies noch einmal auf die Kleinbetrags - Regelung bis 100 € für Weihnachtskarten und dergleichen hin.

Auch sprach er einzelne Probleme noch einmal an:

1. Bei Mitteilungsblättern ist unbedingt die Trennung zwischen Partei- und Fraktionsarbeit zu beachten.
2. Im Zusammenhang mit Podiumsdiskussionen muss das Ziel des Wissenszuwachses angestrebt worden sein; Es darf sich nicht um Werbung für die Partei handeln.

3. Dinge, die die Stadtverwaltung zur Verfügung stellen muss, dürfen den Fraktionen nicht in Rechnung gestellt werden.
4. Dienstreiseaufwendungen sind zu begründen, d. h., auch hier muss der Wissenszuwachs für die Fraktionen verfolgt worden sein.
5. Weihnachtsfeiern sind aus Fraktionsgeldern nicht finanzierbar.

Auf die Bemerkung von Frau Krausbeck, dass der Landesrechnungshof die Aufwendungen für Referenten bei Podiumsdiskussionen moniere, sagte Herr Kloppe, das Rechnungsprüfungsamt habe dazu eine andere Auffassung. Die rechtlichen Prämissen seien zu beachten und die Stellungnahme müsse schlüssig sein.

Herr Häder wollte wissen, ob der Mittelüberschuss der Fraktion DIE LINKE für Möbel bewilligt werde.

Frau Schmidt von der Verwaltung erläuterte, dass Möbel durch die Verwaltung zur Verfügung zu stellen seien und noch zu klären wäre, ob die Mittel zurückzufordern seien.

Auf Nachfrage von Frau Krausbeck erläuterten Herr Kloppe und Frau Schmidt die Rechnungsabgrenzung zum Jahresende.

Zum Prüfbericht gab es keine weiteren Fragen.

Beschluss: Kenntnisnahme

Weitere Mitteilungen

Zum Schluss teilte Herr Kloppe noch folgendes mit:

1. Zur Schlussberichterstattung 2010 besteht das Rechnungsprüfungsamt darauf, dass die notwendigen Unterlagen der Jahresrechnung 2010 vollständig vorliegen. Die wesentlichen Teile wurden am 28.04.2011 übergeben. Derzeit fehlen noch diverse Anlagen, so dass die Prüfungsmaßnahmen erst nach und nach erfolgen können.
2. Herr Kloppe wies nochmals auf die am 24.05.2011 um 18:00 bis 20:00 Uhr stattfindende gemeinsame Veranstaltung des Rechnungsprüfungsamtes der Stadtverwaltung Halle (Saale), dem Lehrstuhl für Wirtschaftsethik der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Evangelischen Studierendengemeinde Halle im Auditorium Maximum (Hörsaal XXIII) Universitätsplatz 1, Halle (Saale) mit dem Thema Korruptionsprävention hin.
Herr Prof. Dr. Christian Tietje – MLU – hält dazu einen Vortrag mit dem Thema: Korruption und Korruptionsprävention im Internationalen Investitionsschutzrecht“.
Anschließend folgt die Diskussion unter Moderation von Herrn Prof. Dr. Ingo Pies – MLU.

zu 5 Beantwortung von mündlichen Anfragen

_Herr Wend griff das Thema Stellungnahme zu TOP 4.1 noch einmal auf und fragte, warum die Verwaltung so lange gebraucht habe.

Auf die Erklärung von Frau Schmidt, dass diese jetzt vorliege, verwies Frau Nagel darauf, dass das Thema für die nächste Ausschusssitzung vorgemerkt sei.

zu 6 Anregungen

_Es gab keine Anregungen.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

„Beschlussvorlagen waren nicht zu behandeln.

Die Sitzung wurde um 17:45 Uhr geschlossen.

Eine Nichtöffentliche Sitzung fand nicht statt.

Deshalb wurde dazu explizit kein Protokoll erarbeitet.

Für die Richtigkeit:

Datum: 18.05.11

Elisabeth Nagel
Ausschussvorsitzende

Beate Naumann
Protokollführerin